

Landessynode 2001

„In Christus liegen verborgen alle Schätze
der Weisheit und der Erkenntnis.“

(Kolosser 2, 3)

**BERICHT
ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE
BEDEUTSAMEN EREIGNISSE**

**der Landessynode
gemäß Artikel 181 der Kirchenordnung
erstattet
von**

Präses Manfred Kock

Sperrfrist: 8. Januar 2001, 11.00 Uhr!

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Bericht des Präses über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse

Hohe Synode,
verehrte Gäste,
liebe Schwestern und Brüder!

Das Leitwort dieses Berichtes ist die Losung für das Jahr 2001:

**„In Christus liegen verborgen alle Schätze
der Weisheit und der Erkenntnis.“**

(Kolosser 2,3)

1. Den Gottesbezug deutlich machen

Kein Palast und nicht einmal ein Stall kann den fassen, der zu uns in die Welt kam. Menschliche Weisheit und Erkenntnis können ihn nicht ergründen. Es ist umgekehrt, er umschließt all unser Suchen und Fragen.

Alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis sind in ihm verborgen.

Dieser Satz gehorcht dem Ersten Gebot:

„Ich bin der Herr dein Gott, du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“

Menschliche Weisheit und Vernunft, jede menschliche Entdeckung und Erkenntnis erhalten hier ihr Maß. Der Gottesbezug ist wichtig. Wenn der verloren geht, kreist der Mensch mit seiner Vernunft um sich selbst und verheddert sich in den Fesseln seiner Macht-Geschäfte.

Gerade in diesem wissenschaftlich-technischen Zeitalter ist das zu beachten. Denn heute werden Werte verkündet, die für die Gestaltung der Gesellschaft sehr plausibel klingen: Lernbereitschaft, Wachstum, Flexibilität, Anpassung, Durchsetzungskraft. Diese Werte dominieren Wirtschaft, Politik

und Werbung. Sie versprechen Erfolg. Die Entwicklung unserer Gesellschaft, ihre Versorgung mit Gütern, mit Unterhaltung und Zerstreuung sollen mit Hilfe solcher Werte optimiert werden.

Allerdings gerät diese Gesellschaft - und das heißt: wir alle - im Verfolgen dieser Werte in Sachzwänge, denen wir nicht entkommen. Denn eigentlich müsste, wenn das Wohl aller, auch das der künftigen Generationen bedacht würde, genau das eingeschränkt werden, was zur weiteren Ankurbelung der Wirtschaft und zur beruhigenden Ablenkung gebraucht wird, der Konsum. Aber das gerade scheint nicht durchsetzbar, und so können die Vermögenden ihr Vermögen vermehren, die Armen werden ärmer.

Die Folgen der mit Hilfe autonomer Vernunft entwickelten Technik werden zwar von vielen erkannt, aber nicht richtig eingeschätzt, weil der vordergründige Erfolg nicht aufs Spiel gesetzt werden soll.

Um eine lebensdienliche Ethik zu entwickeln, die die Würde des Menschen schützt, brauchten die menschlichen „Schätze der Weisheit und der Erkenntnis“ gar nicht herabgesetzt zu werden, sie müssten nur ihren Gottesbezug bewahren.

Das Christusbekenntnis gibt dem menschlichen Bedürfnis nach autonomer Vernunft das nötige Maß. Vernunft vermag dann qualifiziert und menschengerecht zu wirken, wenn sie weiß, woher sie kommt und wohin sie zielt.

Wo Menschen beachten, dass die wahren „Schätze der Weisheit und der Erkenntnis“ in Gott verborgen sind, da bleiben sie in Forschung und Wissenschaft der Humanität verpflichtet.

Das Wort der Jahreslosung spiegelt die Auseinandersetzung, den rechten Weg zum Heil. Die verwirrende Vielfalt der Lebensentwürfe und Heilsangebote nötigt zum Bekenntnis. Für die Fragen der Wissenschaft und Forschung sind Orientierungen des Glaubens nötig, ebenso wie für den Umgang mit anderen Konfessionen und Religionen; für die Bewertung medienethischer Fragen ebenso wie für die Maßstäbe politischen Handelns. Es gilt, die in Christus verborgenen Schätze der Weisheit und der Erkenntnis zu heben, um denen Rede und Antwort zu stehen, die nach solcher Orientierung suchen, und denen zu widersprechen, die solche Orientierung nicht zu brauchen meinen und statt dessen nur fragen nach dem, was gefällt, was recht ist und was Profit bringt.

Lassen Sie mich zunächst an einige ermutigende Erfahrungen erinnern:

1.1 Erfahrungen mit dem Christusjahr 2000

Die Herausforderung des Jahres 2000 wurde in unserer Kirche aufgenommen; das hinter uns liegende Jahr wurde nicht einfach als Millennium, sondern als „Christusjahr“ gewürdigt. Es war zwar „Eins von 2000“, aber doch in besonderer Weise auf die zweitausendste Wiederkehr der Geburt Christi konzentriert: „Denn nach Ihm zählen wir, nicht nach Alexander dem Großen, nicht nach Caesar, nicht nach Lenin ... Auf Ihn zählen wir ... Jahr für Jahr ... mit gutem Grund“, so hieß es im Werbeprospekt für die Kommunikationskampagne, die von mehr als 400 Gemeinden unserer Landeskirche dankbar aufgenommen wurde und die den vom Kirchenjahr angesagten Rhythmus der Jahreszeiten durch elementarisierte Botschaften in die Öffentlichkeit brachte: „Alles geschenkt“ (Weihnachten) – „Echt begeistert“ (Pfingsten) – „Alles eingebracht?“ (Erntedankfest) – „Nichts ist verloren“ (Ewigkeitssonntag). Durch diese Verbindung von Öffentlichkeitsarbeit und Volksmission zeigte unsere Landeskirche ein gemeinsames Profil: auf Plakaten, Fahnen, auf den Deckblättern der Gemeindebriefe, bei der Presbyterwahl („Zeit zur

Verantwortung“). Die Neubesinnung auf die missionarische Dimension unserer Kirche ist in vielen Gemeinden erfolgt und hat die Gemeindegemeinschaft verändert. Viele Gemeinden haben die Vernetzung zu Großveranstaltungen genutzt und deren Werbung unterstützt.

Dazu gehörten:

- eine kirchenmusikalische Stafette mit einer Mischung aus Klassik, Gospel und Musical am Vorabend des 1. Advent 1999 im Kölner Gürzenich;
- die Jesus Celebration 2000 in der Arena in Oberhausen, zusammen mit der westfälischen Kirche vorbereitet, mit 8500 Plätzen ausverkauft;
- der Missionale-Kongress vom 3. - 5. Mai in der Kölner Messe, mit 700 Dauerteilnehmern, die sich zu missionarischer Gemeindegemeinschaft zurüsten ließen;
- zu Pfingsten in Bad Kreuznach als Höhepunkt kirchenmusikalischer Angebote eine wunderschöne ausstrahlende Veranstaltung.

Parallel zu diesen rheinischen Veranstaltungen lief die Sonntags-Kampagne der Evangelischen Kirche in Deutschland, an deren Zustandekommen unsere Landeskirche wesentlichen Anteil hatte, und die Präsenz der Kirchen auf der EXPO, die ein großes publizistisches Echo fand.

Wenn wir eins im Christusjahr 2000 gelernt haben, so ist es dies: Wir haben es nicht nötig, uns mit unserer zentralen Botschaft zu verstecken.

1.2 Das Christuszeugnis in den Medien

Die Welt ist laut. Aufmerksamkeit findet vor allem das, was schrill und grell ist. Wer wahrgenommen werden will, muss aus dem Rahmen fallen. Dieser Zusammenhang treibt im politischen Geschäft, in der Kultur, in den Medien immer neue und immer seltsamere Blüten. Je aufsehenerregender und unfasslicher ein Vorgang, desto begehrt die Berichterstattung und desto größer die Schlagzeile. Der Sebnitz-Schock müsste eigentlich tief sitzen.

Aber ich fürchte, Empörung und Scham sind nur von kurzer Dauer. Das Spektakuläre und Skandalöse übt eine scheinbar unwiderstehliche Faszination aus - bei den Akteuren in den Medien ebenso wie bei deren Nutzern.

Christus, in dem alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis verborgen sind, kam abseits von den Schauplätzen der großen Politik zur Welt. Ins Dunkel der Verzweiflung tritt Gott in der Gestalt eines verletzlichen Kindes.

Sein Auftreten geschieht zwar menschengerecht, aber nicht medienwirksam. Im Weltgeschehen und in der Medienberichterstattung dominiert eher das Spektakuläre, Laute. Aber das ist häufig mehr Schein als Sein.

Anlässlich des "Big Brother"-Unternehmens einer privaten Fernsehstation habe ich mich zu den medienethischen Herausforderungen geäußert. Ich möchte das hier nicht wiederholen.

Inzwischen ist deutlich, dass die Geschmacklosigkeit noch zu steigern ist. Für 1 Mio DM kann man fernsehöffentlich eine Ehe mit Unbekannt eingehen. George Orwells Begriff "Big Brother", der jede Privatheit überwacht, löst offenbar keine Angst mehr aus.

Doch wir werden kritisch gegenüber dieser Zurschaustellung von Privatem bleiben müssen. Denn es geht um die Würde des Menschen. Zwar wird immer betont, die Akteure stellten sich doch freiwillig zur Schau, aber mit wirklicher Freiheit hat „Big Brother“ nichts zu tun.

Wir wären medienethisch jedoch nicht hilfreich, wenn wir hinter der Entwicklung nur herliefen. Es mag in Zeiten von *soap-operas* und sogenanntem *reality-tv* zwar äußerst schwierig sein, mit nachdenklichen Themen der Reli-

gion und der Kultur Marktfähigkeit zu gewinnen. Aber erstaunlicherweise gelingt uns mit EIKON, der Produktionsgesellschaft unserer Kirche, doch Vielversprechendes. „Die letzte Stufe“, ein Film über Dietrich Bonhoeffer, der jetzt in den letzten Tagen im Fernsehen gezeigt wurde, sowie die beeindruckende Verfilmung der „Jahrestage“ von Uwe Johnson haben für EIKON eine erstaunliche Nachfrageentwicklung ausgelöst. Mit EIKON und ihren Tochtergesellschaften schreiben wir eine erkennbare Handschrift mit guten Beiträgen zur kulturellen Entwicklung der Medienlandschaft.

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist an der Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft EIKON mit über 30% beteiligt. Die anderen Anteile der Gesellschaft werden von anderen Landeskirchen gehalten. Zurzeit wird überlegt, wie sich die Evangelische Kirche im Rheinland in Zusammenarbeit mit der westfälischen und Lippischen Landeskirche verstärkt im Privatfernsehen in Nordrhein-Westfalen platzieren kann. Ergebnisse dafür liegen noch nicht vor. Aber im Laufe des Jahres müssen dafür Entscheidungen getroffen werden.

Alternativen werden auch im Printbereich geboten. Auf der Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland ist das Nachfolgeorgan des Sonntagsblattes "Chrismon" als Zeitungsbeilage im Oktober vergangenen Jahres auf den Markt gebracht worden. Die Resonanz auf die ersten Ausgaben ist überwiegend positiv, das Produkt scheint verbesserungswürdig.

Gleichzeitig ist auch die Monatszeitschrift „Zeichen der Zeit“ als Zusammenschluss der vier evangelischen Monatszeitschriften erschienen. Ich wünsche auch diesem Versuch eine gute Entwicklung.

Aber es gibt auf dem Gebiet unserer Printmedien auch Probleme zu bewältigen. Unsere Kirchengebietspresse (DER WEG, Sonntagsgruß) hat sich in dem vergangenen Jahr wieder rückläufig entwickelt. Die bisherige Meinungsbildung in Kirchenleitung und Synode hat ergeben, dass die Zeitung für die Kerngemeinde unverzichtbar ist. Leider treffen die Werbebemühun-

gen in vielen Gemeinden nicht auf die nötige Akzeptanz, um Abonnentenverluste auszugleichen, geschweige denn die Auflage zu steigern.

Die Kirchenleitung wird der Synode 2002 ein Konzept für die kirchliche Medienpräsenz vorlegen. Dabei sollen vor allem Möglichkeiten einer besseren Koordination der unterschiedlichen publizistischen Arbeitsfelder erreicht werden. Zudem sollen neue Vorschläge erarbeitet werden, wie distanzierte Gemeindeglieder besser erreicht werden können.

Der Versuch einer Zeitungsbeilage für den Bereich unserer Landeskirche ist nicht gelungen. Die Kirchenleitung hat nach vier Ausgaben die fünfte Ausgabe der Zeitungsbeilage "Zum Beispiel" nicht mehr in Auftrag gegeben. Zur Erläuterung verweise ich auf den Bericht der Kirchenleitung.

Besonders erfolgversprechend scheint unser Angebot im Internet zu sein. Die Evangelische Kirche im Rheinland bietet mit ihrer Internetredaktion unter www.ekir.de inzwischen ein Dach für 2/3 aller Kirchenkreise mit ihrem eigenen Internetangebot. Über 2000 „User“ suchen täglich über Internet Kontakt zur rheinischen Kirche, die Zugriffszahlen sind im letzten Jahr um mehr als ein Drittel gestiegen.

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat sich darum entschlossen, mit dem neuen Angebot „www.Kirchenboerse.de“ eine Kommunikationsplattform für Einzelpersonen, für Gemeinden, Einrichtungen und Kirchenkreise zu schaffen. Funk und Fernsehen berichten vom Start der „Kirchenboerse“ unter der Schlagzeile "Die Aktien der Kirche steigen". Jeder hat kostenlos die Möglichkeit, in der „Kirchenboerse“ sein Internet- und Gemeindeprojekt gezielt vorzustellen. Darüber hinaus sorgen Chat und E-mail für ein zeitgemäßes und vor allem von Jugendlichen gern genutztes Kommunikationsangebot.

2. Christus, der einzige Heilsgrund

Dialog der Konfessionen und Dialog der Religionen sind notwendiger denn je. Dieser Dialog kann nur gelingen, wenn wir unser eigenes christliches Profil zeigen. Es ist das Profil, das Christus seiner Kirche gibt.

Als im September die Erklärung der römischen Glaubenskongregation "Dominus Iesus" veröffentlicht wurde, hatte der erste Teil, der die Einzigkeit Jesu als Heilsgrund betont, durchaus auch unsere Zustimmung erfahren.

Hier sind theologische Aussagen formuliert, die der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung vergleichbar sind.

Die vatikanische Erklärung hat aber in ihrem Christuszeugnis theologische Aussagen unterschiedlicher Epochen zusammengestellt und damit eine Abstraktion erreicht, die anderen Religionen nur schwer gerecht wird. Darum ist aus Indien, Vietnam und Indonesien die innerrömisch-katholische Kritik an "Dominus Iesus" besonders scharf ausgefallen. Katholische Theologen aus Asien kritisieren die Verabsolutierung europäisch christlicher Kultur und die den Dialog erschwerende Herabsetzung anderer Religionen. Das spiele militanten Gegnern der christlichen Kirchen in die Hände.

Auch unsere ökumenischen Partnerkirchen in diesen Ländern möchten den alten Religionen mit Respekt begegnen, die Einzigkeit Jesu dabei nicht abgrenzend, sondern einladend verstehen.

2.1. Christuszeugnis in der Gegenwart Israels

In unserem Kontext ist das besonders für das Verhältnis von Kirche und Israel zu beachten.

Wo Christus bekannt wird, geht es immer auch um das Verhältnis zu Israel. Den ganzen Christus zu bekennen heißt, den zu bekennen, der von den Juden herkommt, dessen Bibel die Thora ist, der nicht von seinem Volk zu

trennen ist. Wo es Antijudaismus in der christlichen Verkündigung gibt, liegt das nicht an zu viel, sondern an zu wenig Christozentrik; da schleichen sich andere Ideologien ein, die die Theologische Erklärung von Barmen beispielhaft benannt hat.

Der Christus, in dem alle Schätze der Weisheit und Erkenntnis verborgen sind, ist nicht das Problem des Dialogs, sondern der reduzierte Christus, der zum dogmatischen Besitz einer Kirche oder auch nur einer Richtungs-gemeinde geworden ist.

Die Kirchenleitung hat am 22. September 2000 die Konzeption für das christlich-jüdische Gespräch zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie ist eine Konsequenz der Beschlüsse Nr. 37 der Landessynode 1980 "Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden" und Nr. 88 der Landessynode 1996, der „Ergänzung des Grundartikels der Kirchenordnung zum Verhältnis Kirche und Israel“.

Die Erkenntnisse, die zu den beiden Beschlüssen der Landessynode geführt haben, müssen in der Praxis der Kirche zur Geltung gebracht werden und in alle ihre Arbeits- und Lebensbereiche einfließen. Damit stellt sich für die Kirche die Aufgabe, das Erreichte zu bewahren, weiterzuentwickeln, zu vermitteln und ihr eigenes Reden und Handeln daran auszurichten.

Die Erfüllung dieser grundlegenden und weitgespannten Aufgaben bedarf der institutionellen Verankerung. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung geschieht dies. Bezogen darauf wird z.B. der Kirchlichen Hochschule Wuppertal eine wichtige Aufgabe beigemessen, die durch regelmäßige Lehraufträge erfüllt wird. Alle anderen Einrichtungen der Evangelischen Kirche im Rheinland widmen sich der Thematik im Rahmen ihrer Aufgabenstellung.

Damit ist deutlich, dass in der Evangelischen Kirche im Rheinland die Ausführung der Gesamtaufgabe nicht durch ein einziges zentrales Institut, sondern dezentral durch verschiedene, sich ergänzende und aufeinander bezogene Einrichtungen wahrgenommen wird. Dazu bedarf es allerdings einer Stelle, die für Koordination und Kooperation sorgt, weiterführende Impulse gibt und auf Nähe zu den Zielgruppen und auf inhaltliche Sachbezogenheit der Arbeit achtet. Das ist die Studienstelle Christen und Juden. Sie hat die Aufgabe, die entsprechenden Grundsatzbeschlüsse der Landessynode und der Kirchenleitung und alle Aspekte, die sich daraus ergeben, auf allen Ebenen der Evangelischen Kirche im Rheinland, in die Gemeinden, die Kirchenkreise und landeskirchlichen Einrichtungen und Dienste zu vermitteln. Zu

dieser Aufgabe gehört auch, schon vorhandene Aktivitäten zu begleiten, zu beraten, zu fördern und zu koordinieren.

Trotz hoher finanzieller Belastung für die Evangelischen Kirche im Rheinland hat die Siedlung **Nes Ammim** weiterhin eine besondere Bedeutung in unserer Kirche. Deshalb wird die christliche Siedlung Nes Ammim in Israel weiterhin über den „Nes Ammim Verein zur Förderung einer christlichen Siedlung in Israel e.V.“ unterstützt. Dies gilt zunächst für fünf Jahre. Die daran anschließende Förderung wird von einer regelmäßigen Evaluation der Arbeit von Nes Ammim in Deutschland und in Israel abhängig gemacht.

2.2 Dominus Iesus und unser ökumenischer Dialog mit der römischen Kirche

Die Kirchenleitung hat dieses Thema als eigenen Punkt auf die Tagesordnung dieser Synode gesetzt. Daher kann ich mich hier kurz fassen.

Ich habe gleich nach Erscheinen der römischen Erklärung für die Evangelische Kirche in Deutschland erklärt, wir sollten uns durch die einseitig konservative Deutung römischer Lehre nicht irritieren lassen in unserem ökumenischen Bemühen. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im November hat eine entsprechende Erklärung verabschiedet. Die Kirche als „creatura verbi“, als Geschöpf des göttlichen Wortes lässt sich nicht mit einer der vorhandenen Kirchen oder mit deren Gesamtheit gleichsetzen. Die Kirche ist Gegenstand des Glaubens und sichtbare Gemeinschaft zugleich; eine Wirklichkeit, die in der Vielfalt der Kirchen erfahren werden kann. In ihrer geschichtlich gewachsenen Unterschiedlichkeit kommt die „vielfältige Gnade Gottes“ (1. Petrus 4, 10) zum Ausdruck. Doch alle Konfessionen haben den Auftrag, das Wesen der Kirche als des in Christus erwählten Gottesvolkes zu bezeugen. Deshalb gilt es vor Ort, Schritt für Schritt die Annäherung evangelischer und römisch-katholischer Christen und Gemeinden voran zu bringen. Die Landeskirche wird auch weiterhin das Gespräch mit den Diözesen suchen, wie sie es in den vergangenen Jahrzehnten getan hat.

2.3 Lebendige Auseinandersetzung mit der in Christus verborgenen Weisheit und Erkenntnis - Feministische Theologie in der Ausbildung

„In Christus sind verborgen die Schätze der Weisheit und der Erkenntnis.“ - Das schließt auch eine theologiekritische Funktion ein. Manche Erkenntnisse der ersten Jahrhunderte sind vielleicht verloren, müssen immer wieder neu entdeckt werden. Andere werden erst nach Jahrhunderten entdeckt und weiterentwickelt. Zu denen gehört auch eine bessere Erkenntnis der Stellung der Frau in der Bibel.

Damit ich nicht missverstanden werde, jede Theologie aus einem bestimmten Kontext, die uns wichtige neue Erkenntnisse ermöglicht, treibt auch bisweilen absonderliche Blüten, die keinen Glaubensgewinn darstellen. Das ist mit der feministischen Theologie nicht anders. Aber ihre wesentlichen Erkenntnisse sind für unsere Kirche ein Segen. Das in manchen Kreisen übliche Ketzergeschrei ist unangemessen. Ich sage das vor allem im Blick auf ehrverletzende bössartige Kommentierungen der Wahl von Bischöfinnen in lutherischen Kirchen unseres Landes.

Feministische Theologie hat Eingang in den Prüfungsstoff des 1. Theologischen Examens gefunden. Wir werden auch eine entsprechende Dozentinnenstelle in Wuppertal errichten; gegenwärtig sind erfolgversprechende Verhandlungen im Gange.

Zu Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

Ausbildung braucht ihre Entsprechung in der Gestaltung der Gemeinschaft von Männern und Frauen und in der Arbeitswelt der Kirche. Im alltäglichen Miteinander gibt es Regelungsbedarf, der den Frauen mehr Teilhabe an Leitungsverantwortung in der Kirche gibt und im Arbeitsalltag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führt. Ich begrüße es darum sehr, wenn es zu einer Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes kommt, das Frauen in beruflicher Hinsicht fördert.

3. Die Herrschaft Jesu und unsere Lebenswelt zwischen Technisierung und Ökonomisierung

Nach dem Verständnis des Kolosserbriefes gibt es keine Erkenntnis außerhalb von Christus, also haben auch Wissenschaft und ihre Anwender sich dem Gottesbezug zu stellen.

3.1 Gentechnik und Bioethik

Zweifellos markiert die Entschlüsselung des menschlichen Genoms einen Meilenstein in der Wissenschaftsgeschichte. Bei einer aus diesem Anlass veranstalteten Pressekonferenz am 26. Juni 2000 verkündete US-Präsident Clinton: „Heute lernen wir die Sprache, in der Gott Leben geschaffen hat.“ Ob es schon so weit ist, vermag ich nicht einzuschätzen. Es sind ja sozusagen erst die Buchstaben der Wörter entdeckt, die in der Sprache der Gene Verwendung finden. Aber ich teile mit vielen Menschen die Hoffnung, dass dadurch die Chance wächst, in Zukunft manche Krankheiten erfolgreich zu bekämpfen.

Mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms ist aber nicht nur der Erfolg eines Forschungsprojekts festzustellen. Es ist auch zu konstatieren, dass dadurch die bisher gültigen Grundlagen des Lebensschutzes in einem nie gekannten Ausmaß in Frage stehen. James D. Watson, Molekularbiologe und Nobelpreisträger, hat vorausgesagt, in den nächsten Jahren wachse der Konsens darüber, „dass Menschen das Recht haben, dem Leben erbgeschädigter Föten ein Ende zu setzen.“ Und dahinter steht als großes Ziel: „Wenn das Humangenomprojekt abgeschlossen sein wird, wird es in unserer Macht stehen, die grundlegenden genetischen Eigenschaften zu erkennen, die uns zu Menschen machen.“

Keine Frage: Da ist sie wieder, die alte Sehnsucht, Gott in die Karten zu schauen, um sie selber nach eigenen Vorstellungen neu zu mischen – das war schon immer ein Traum vieler Forscher. Und nun scheint der Triumph nahe, die Evolution des Menschen gezielt beeinflussen zu können.

James D. Watson sieht als großes Forschungshemmnis den Gottesbezug der christlichen Ethik. Zu Recht!

Mehrfach haben die römisch-katholische und die evangelische Kirche zur Embryonenforschung betont: Die Vernichtung von Embryonen als Voraussetzung für Gesundheit oder für verbesserte Therapiechancen eines anderen menschlichen Lebens ist eine unzulässige Instrumentalisierung. Sie kann auch um hochrangiger Ziele willen nicht statthaft sein.

Die Gefahr einer Selektion von Menschen gemäß ihres Genpools tut sich hier auf. Gezielte Menschengzüchtung nach Katalog ist nicht mehr ausgeschlossen.

Deshalb muss unter diesen Umständen auf mögliche wissenschaftliche und partielle therapeutische Fortschritte verzichtet werden. Eine Unterlassung müsste aus sittlichen Gründen auch durch Verbote rechtlich erzwungen werden. Solche Verbote könnten durchaus positive Forschungsimpulse auslösen, um erwünschte Ergebnisse auf andere Weise, etwa mit Hilfe adulter Stammzellen zu erreichen.

Dem Geheimnis des Lebens auf die Spur zu kommen entspricht menschlichem Wissensdrang. Aber das Wissenwollen ist nicht frei vom Streben nach Macht und Überlegenheit. Daher braucht es seine Bindung an das Menschenbild Gottes. Die Vorstellung von einer reinen Wissenschaft wäre eine

Fiktion, die von wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs absieht. Manche Reproduktionsmediziner fordern heute eine Liberalisierung des Embryonenschutzgesetzes wohl auch deshalb, weil die Erfüllung eines Kinderwunsches auch ansehnlichen finanziellen Gewinn ermöglicht. Gegenwärtig liegt eine ganze Branche im Goldrausch und hofft, so bald wie möglich das neue Wissen in pharmazeutische Produkte und medizinische Verfahren überführen zu können.

Eine verantwortliche Gesellschaft muss in nüchterner Einschätzung der Ambivalenz menschlichen Handelns immer wieder Regeln und Grenzen definieren, die Missbrauch eindämmen und nicht wünschbare Entwicklungen verhindern. Es gilt auch im Blick auf die Gentechnik, sich gegen Konzepte zu stellen,

- die das technisch Machbare aus rein wirtschaftlichem Interesse machen wollen und dabei das Interesse Einzelner über die Belange des Allgemeinwohls stellen,
- die die Starken fördern und dabei die Schwachen benachteiligen, die dabei die Selektion anstreben, ohne auf die Würde des Menschen zu achten,
- die nicht dem Leben, sondern der Lebensgier und der Selbstdurchsetzung Raum geben sollen.

Wenn es gilt, um den Schutz des Lebens und die Würde des Menschen zu streiten, haben wir es nicht mit einer Partei oder gar mit dem Staat oder der jeweiligen Regierung zu tun, sondern mit ganz bestimmten Ausprägungen des Zeitgeistes. Die Frontlinie geht quer durch alle Lager, bisweilen mitten durch unser versuchliches Christenherz.

Die Gentechnik-Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1991 hat sich dieser Herausforderung gestellt und für einen verantwortlichen Umgang mit der Gentechnik ein neues Naturverständnis gefordert. Dafür hat sie den – damals durchaus nicht gängigen – Begriff „Einverständnis mit der Schöpfung“ geprägt. Damit ist gemeint, dass menschliches Verhalten, Pla-

nen und Handeln der Schöpfung entsprechen soll, d.h., das von Gott geschaffene Leben soll gefördert, bewahrt und zur Entfaltung gebracht werden. Nicht nur zahlreiche Psalmen (z.B. Ps 104), sondern besonders die beiden biblischen Schöpfungsberichte und nicht zuletzt die Botschaft von der Auferstehung Jesu bezeugen, dass Gott Eigentümer und Anwalt allen menschlichen Lebens ist. Der Mensch soll über die Natur verfügen, nicht aber über menschliches Leben. Töten ist nach Gottes Gebot nicht erlaubt. Es bedeutet immer Verletzung des Gottesrechts.

So heißt es im ersten Schöpfungsbericht: „Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei ...“ (1. Mose 1, 26). Nach biblisch-christlicher Überlieferung gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen Mensch und Tier: Von allen Geschöpfen ist allein der Mensch zum Bilde Gottes geschaffen und als Gottes Gegenüber dazu bestimmt, an dem von Gott selber angestoßenen Prozess der Erneuerung und Vollendung der Schöpfung in Jesus Christus teilzuhaben.

Es ist der Mensch, mit dem Gott eine Geschichte haben will: Durch Jesus Christus geht es um ihn, um seine Würde und seine Unverletzlichkeit. Sie darf nicht vom Menschen bestritten, verletzt oder vorenthalten werden. Im Bild des Menschen Jesus will Gott auf Erden gegenwärtig sein. Der alte Adam soll sein ursprüngliches Bild, die ihm von Gott zugedachte Rolle als Mitwirkender in der Schöpfung, wiederfinden und danach handeln.

Mit anderen Worten: Die Würde des Menschen ist keine statische Größe; sie wird nicht durch eigene Leistungen oder Verdienste oder aufgrund bestimmter Eigenschaften erworben. Vielmehr eignet sie jedem Menschen von der Zeugung bis zum Tode. Wir haben nicht das Recht, ein Urteil über den „Lebenswert“ eines Menschen zu fällen und ihm seine Würde abzusprechen. Wir können auch nicht sagen, menschliches Leben habe diese Würde zu irgendeinem Zeitpunkt noch nicht oder nicht mehr.

Drei Forschungsgebiete sind es, bei denen wir zum Innehalten und Nachdenken auffordern müssen:

Die **Keimbahntherapie**; sie zielt auf Veränderung des Erbgutes, das auch an die Nachkommen weitergegeben würde. Die enormen Risiken eines solchen Schrittes lassen sich nicht mit dem Hinweis vom Tisch fegen, wir müssten nur noch einiges mehr wissen, um bessere Entscheidungen treffen zu können.

Die Öffnung der Tür zu Eingriffen in die Keimbahn wäre nur zu verantworten, wenn es eine Gewähr gäbe, in Zukunft sicher zwischen Leidensverhinderung und willkürlicher „Optimierung“ zu unterscheiden. Diese Gewähr sehe ich nicht.

Die **Präimplantationsdiagnostik**; sie schafft bei Reagenzglasbefruchtung eine negative Auslese, um Erbkrankheiten auszuschalten. Diese Diagnoseform gilt als Türöffner für therapeutisches Klonen.

Was der Heilung einzelner Menschen dient, darf den grundsätzlichen Lebensschutz nicht zur Disposition stellen. Lebensschutz von Embryonen ist höherrangig als die Erfüllung des – verständlichen – Wunsches einzelner Menschen nach Gesundheit. Hier ist eine wichtige Grenze bereits überschritten, und niemand weiß, wie schnell es geht, bis jemand die vorgebliche Normalität der Herstellung von Designerbabies als Organspender zumindest behaupten wird.

Die **Stammzellforschung**; seit dem Schaf Dolly ist das Klonen möglich, in Tierexperimenten erprobt. In England ist die Stammzellforschung bei bis zu 14 Tagen alten Embryonen freigegeben. Mit anderen Worten: Es werden Embryonen als Ersatzteillager erzeugt. Danach sind sie wertlos.

Wer eintritt für den Schutz des Lebens, wird den Streit riskieren müssen mit jenen, die im Blick auf den Lebensschutz oder die Würde des Menschen problematische Positionen vertreten.

Der Ethiker Peter Singer vertritt in seiner „Praktischen Ethik“, die er 1979 veröffentlicht hat, die These, „dass das Leben eines Fötus (und natürlich erst recht das eines Embryos) nicht mehr wert ist als das Leben eines nicht-menschlichen Lebewesens auf einem ähnlichen Stand der Rationalität, des Selbstbewusstseins, des Bewusstseins, der Fähigkeit zu fühlen usw. und dass, weil ein Fötus keine Person ist, ein Fötus nicht denselben Anspruch auf Leben hat wie eine Person.“ Singer fährt fort: „Nun muss man zugeben, dass sich diese Argumente ebenso wohl auf Neugeborene wie auf Föten anwenden lassen. Ein Neugeborenes, das eine Woche alt ist, ist kein rationales und selbstbewusstes Wesen, und es gibt viele nichtmenschliche Lebewesen, deren Rationalität, Selbstbewusstsein, Wahrnehmungsfähigkeit, Fähigkeit zu fühlen usw. die Fähigkeit eines eine Woche oder einen Monat alten Säuglings übertreffen. Wenn der Fötus nicht denselben Anspruch auf Leben wie eine Person hat, dann hat ihn das Leben eines Neugeborenen

offensichtlich auch nicht, und das Leben eines Neugeborenen hat für dieses weniger Wert als das Leben eines Schweins, eines Hundes oder eines Schimpansen für das nichtmenschliche Tier.“

Hier werden Wert und Personsein eines Menschen festgemacht an Rationalität, Selbstbewusstsein, Bewusstsein und der Fähigkeit zu fühlen. Diese Auffassung vom Leben hat nichts mehr zu tun mit Gottes Bild, eher mit Tieren, mit Schwein, Hund oder Schimpanse. Damit ist ein gedanklicher Dammbrech vollzogen, der Zugriff auf das Ungeborene und auf das schon Geborene wird möglich. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich sage das auch angesichts der Tatsache, dass solche extremen Positionen wie die von Peter Singer von den meisten Forschern in unserem Land nicht vertreten werden.

Ein großer Teil der Forschungsanstrengungen im Bereich der Humangenetik wird begründet mit dem Ziel der Linderung und der Verhinderung von Leiden. Aber gerade darum müssen wir in der gegenwärtigen ethischen Diskussion buchstabieren, was „Mensch als Gottes Bild“ bedeutet.

Wir werden den „Menschen als Gottes Bild“ auch in seiner Gebrochenheit zu beschreiben haben, in seiner Anfälligkeit für Krankheit und Behinderung, in seiner unabänderlichen Sterblichkeit.

Die Spannung zwischen dem Bemühen, Leiden zu bekämpfen und zu lindern, und der Notwendigkeit, Behinderung, Krankheit und Sterben zu akzeptieren, gilt es auszuhalten. Dem christlichen Menschenbild entsprechen weder optimistische Hoffnungen auf Abschaffung von Leid und Tod noch fatalistische Hinnahme von Krankheit und Sterben.

3.2 Sterbehilfe

Die in den Niederlanden eröffnete Möglichkeit aktiver „Sterbehilfe“ ist ein Weg, der genau diese Spannung nicht aushält. Unter vorgeblich humaner Mitleidattitüde kann dem Leidenden der Garaus gemacht werden, ganz legal.

Ein Dambruch ist auch hier vollzogen. Wer mag gewährleisten, dass nicht die Gesichtspunkte der Kosten und der Nützlichkeit in die ethischen Abwägungen eindringen?

Die Mehrzahl der Deutschen – sagen die Meinungsforscher – befürworten die niederländische Regelung. Nur durch „Euthanasie“ könne die Bedrohung der „Apparate“-Medizin abgewehrt und die Ohnmacht gegenüber der Lebens- gleich Leidens-Verlängerung beherrscht werden. Gegen diese Haltung müssen wir uns zur Wehr setzen. Wir dürfen keine gesetzlichen Regelungen akzeptieren, die die Würde auch des sterbenden Menschen vom Grad seines Bewusstseins abhängig machen. Gott sei Dank haben wir gute Bundesgenossen, denn die große Mehrheit der Ärzte sieht sich dem Leben verpflichtet und nicht dem Tod. Sie lassen sich daher die Tötung unheilbar Kranker nicht zumuten.

3.3 Bildung und Wissen

Die eben angesprochenen Themen zeigen, dass Forschung die kritische ethische Begleitung braucht. Eine nachfrageorientierte Bildungspolitik verliert dies leicht aus den Augen. Der ökonomische Nutzen von Religionsunterricht und bestimmten anderen Fächern und Fachrichtungen liegt nicht auf der Hand.

Wissensgesellschaft oder Bildungsgesellschaft

In der öffentlichen Diskussion der letzten Monate ist ein Begriff ständig wiederholt worden: "Wissensgesellschaft".

Chancen für die Zukunft, so wird gesagt, hat ein Mensch nur dann, wenn er sich in dieser Welt des Wissens bewegen und zurechtfinden kann. Durch die modernen Kommunikationstechniken ist Wissen an jedem Ort, zu jeder Zeit, von jedem, der Zugang zu diesen Techniken hat, abrufbar. Aber das große Wissen um das Wissen macht in neuer und ungeahnter Weise abhängig. Man kann nicht alles überprüfen und übersieht für sich selbst doch auch nur eine kleine Teilmenge aus dem großen Schatz des Wissens.

Gegen den Begriff der Wissensgesellschaft stellen wir den Begriff der Bildungsgesellschaft. Der Begriff der Bildung, der eine lange Tradition hat, kann sehr präzise ausdrücken, worauf wir in Zukunft zu achten haben. Neben gutem Sach- und Fachwissen brauchen wir in unserer Gesellschaft Orientierungswissen und Urteilsfähigkeit. Das betrifft alle Fragen des Zusammenlebens, damit Wissen lebensdienlich bleibt. Es betrifft die Fragen, wie weit wir in unserem Forschen und Tun gehen dürfen; es schließt auch das kulturelle und historische Gedächtnis ein. All das müssen wir wach halten, dazu müssen wir Impulse aus unserer biblischen Tradition geben.

Zum Religionsunterricht

Eine Studie aus Niedersachsen, für die über 2000 Religionslehrerinnen und Religionslehrer befragt wurden, hat gezeigt, welch hohen Stellenwert der Religionsunterricht für die christliche Unterweisung der jungen Generation hat. Selbst wo die Verbindung zu Gemeinde und Kirche nicht sichtbar ist – was in vielen Fällen nicht an Schule und Religionsunterricht liegt –, wird doch ein großer Schatz christlicher Tradition vermittelt. Es ist keineswegs die oft beklagte konturlose Ethik, die im Religionsunterricht vermittelt wird. Reli-

gionslehrerinnen und Religionslehrer sehen sich in ihrer protestantischen und christlich biblischen Tradition verankert. Sie unterscheiden sich deutlich von einer religionsneutralen Vermittlungsinstanz. Wir tun gut daran, dies zur Kenntnis zu nehmen und die schulische Gestalt der „Bildungsreligion“ nach Kräften zu fördern, wie die Autoren der Studie es anregen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den Religionslehrern und Religionslehrerinnen für ihren Dienst. Die Evangelische Kirche im Rheinland wird in ihrem Bemühen, sie zu unterstützen, nicht nachlassen.

Die Theologische Ausbildung an den Hochschulen

Die theologische Ausbildung zum Pfarrberuf oder zum Beruf des Religionslehrers bzw. der Religionslehrerin wird an verschiedenen Standorten im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland in Frage gestellt. Geldknappheit zwingt die öffentliche Hand zur Zeit zu einer strikten Überprüfung aller Aktivitäten. Aufgrund dessen werden auch die einzelnen Hochschulen evaluiert, zum Teil durch externe Experten. Die dabei angelegten Maßstäbe sind z.B. der Auslastungsgrad, verstanden als Relation von Anzahl der Studierenden pro Hochschullehrerin bzw. -lehrer, oder die Höhe der eingeworbenen Fremdmittel.

Für die meisten theologischen und religionspädagogischen Ausbildungsgänge führt das zu einer Infragestellung ihrer bisherigen Ausstattung oder sogar zu dem Vorschlag, die Ausbildung an bestimmten Standorten völlig einzustellen. Hier wird deutlich: Es dominieren die sogenannten Anwendungs-Wissenschaften, soweit sie die ökonomischen Handlungsmöglichkeiten erweitern. Dazu werden geisteswissenschaftliche Fächer, darunter auch die Theologie, nicht gerechnet.

Mit dem Regierungswechsel im Saarland hat sich dort die Lage zugunsten der Evangelischen Theologie verändert. Von kirchlicher Seite haben wir auf die besondere finanzielle Situation des Saarlandes Rücksicht genommen und uns mit der Nichtbesetzung eines Lehrstuhles einverstanden erklärt. Die übrigen Lehrstuhlbesetzungsverfahren wurden zügig angegangen.

In Nordrhein-Westfalen sollte schon im Vorgriff auf mögliche Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Evaluation nach Meinung der Hochschulen eine Ausbildungsstätte geschlossen und die Ausstattung der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn reduziert werden. Diese Vorstöße wurden von Seiten der Evangelischen Kirche im Rheinland zurückgewiesen.

Dem Ministerium ist zu danken, dass die Bewirtschaftung Evangelisch-Theologischer Lehrstühle den Universitäten entzogen wurde, damit die Rektorate nicht unter Umgehung der Verträge zwischen Staat und Kirche Lehrstühle aus dem Bereich der Evangelischen Theologien in andere Fachbereich umsetzen bzw. Lehrstühle anders ausstatten können.

Für die Evangelische Kirche im Rheinland ist zu dem gesamten Problembe- reich das Folgende festzustellen:

1. Es steht außer Frage, dass aufgrund des knappen Geldes der öffentli- chen Hand und der zurückgehenden Studierendenzahlen Einsparungen und Anpassungen vorgenommen werden müssen, die mitzutragen die Evangelische Kirche im Rheinland bereit ist.
2. Die mit der neuen Hochschulgesetzgebung verbundene Stärkung der Autonomie der Hochschulen lässt staatskirchenrechtliche Fragen außer Acht, die allein zwischen den Ländern und der Kirche zu diskutieren und

zu entscheiden sind. Das Bewusstsein über staatskirchliche Zusammenhänge ist im Schwinden.

3. Die Akzeptanz der staatlichen Pfarrer- und Lehrerausbildung geht zurück, auch im parlamentarischen Raum. Es wird notwendig sein, das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen zu suchen und zu einer neuen Verständigung über die in unseren Bundesländern seit vielen Jahren bewährte Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche zu kommen. Diese Aufgabe ist von der Kirchenleitung allein nicht zu bewältigen. Sie bittet deshalb die Gemeinden und Kirchenkreise darum, das Gespräch mit den Mandatsträgern der Parteien entweder neu aufzunehmen oder intensiver und auf diese Fragestellung zugespitzt fortzuführen.

4. Die Herrschaft Christi und der Friede

„In Christus sind verborgen alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis.“ Darin ist er auch Versöhner der widerstreitenden Mächte und Gewalten, wie es der Kolosserbrief den Menschen der damaligen Zeit vermittelt hat. Deren Lebenserfahrung sah Leiden und Bosheiten im Großen wie im Kleinen als Widerschein des Streites unsichtbarer Mächte. Vor diesem Hintergrund wird Christus als der Versöhner dieser Gegensätze bezeugt. Die Versöhnung geschieht durch das Kreuz. Wir stehen vor der Aufgabe, das Versöhnungswerk Christi hier auf Erden abzubilden.

4.1 Versöhnungsarbeit heute – Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt

Die ökumenische Dekade zur Überwindung der Gewalt wird uns in das Zentrum der Botschaft von Christus stellen.

Die von der 8. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (ÖRK) Ende 1998 in Harare beschlossene Dekade wird in Berlin anlässlich der Sitzung des Zentralausschusses des ÖRK am 4. Februar 2001 weltweit ausgerufen. Eine Woche später, am 11. Februar 2001, findet die offizielle Eröffnung in unserer Landeskirche statt, zeitgleich mit den Landeskirchen von Westfalen und Lippe.

Ich bitte unsere Gemeinden und Kirchenkreise, die Ämter, Werke, Verbände und ökumenischen Gruppen um ihre Unterstützung und rufe zur Beteiligung auf. Diese Dekade braucht das Engagement vor Ort, vor allem den Austausch über alltägliche Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Gewalt und eine konkrete Verständigung im Blick auf ihre Überwindung.

In unterschiedlichen Gruppen wird längst mit hoher Kompetenz an der Überwindung von personaler und struktureller Gewalt, von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, von Antisemitismus, von Umweltzerstörung und von wirtschaftlicher Ausbeutung gearbeitet.

Die Dekade ist eine Chance, dieser Arbeit noch mehr Nachdruck zu verleihen, vor allem dadurch, dass Aktivitäten miteinander vernetzt werden. Die Dekade stellt uns die Frage, wie wir Menschen mit ihren sehr persönlichen Erfahrungen von Gewalt annehmen und aufrichten. Sie fordert uns heraus, die Gebote der Nächsten- und der Feindesliebe neu zu buchstabieren, ge-

waltlos gegen Ungerechtigkeit vorzugehen, Zivilcourage zu lernen und Strategien der Versöhnung einzuüben.

Die zentrale Veranstaltung der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Eröffnung der Dekade am 11. Februar 2001 findet im Hildener Schulzentrum unter dem Motto „Courage gegen Gewalt“ statt. Es ist eine Veranstaltung der Jugendlichen geplant: mit ihnen, durch sie und für sie, denn eine Kultur der Gewaltlosigkeit und des Friedens ist angewiesen auf die junge Generation, auf ihre Kraft zur Auseinandersetzung und ihre Kompetenz.

In den Hildener Schulen, die der Organisation „Schule gegen den Rassismus“ angehören, engagieren sich Theater- und Musikgruppen sowie eine Streitschlichtungs-AG im Bereich Konfliktbearbeitung und Gewaltüberwindung. Abordnungen unserer kirchlichen Schulen - sie haben ähnliche Angebote - werden zur Hildener Veranstaltung erwartet. Auch die umliegenden Kirchenkreise sind informiert und zur Teilnahme eingeladen.

Als landeskirchlicher Auftakt hat die Veranstaltung in den Evangelischen Schulen in Hilden exemplarischen Charakter für Schülerinnen, Schüler und Erwachsene. Wie auch zum Ende des Christusjahres 2000 soll deutlich werden, dass Kirche Akzente an konkreten Orten setzt.

4.2 Peter-Beier-Preis-Verleihung an Martine Millet und Dr. Monika Hauser

Im Dezember wurde der Peter-Beier-Preis an **Dr. Monika Hauser** verliehen. Die engagierte Frauenärztin wurde für ihren persönlichen Einsatz in den extremen Krisensituationen in Bosnien und im Kosovo gewürdigt. In herausragender Weise hat sich Dr. Monika Hauser für eine direkte und erstmalig frauenspezifische Hilfe in den Krisengebieten eingesetzt. Als besonderes Verdienst ist hervorzuheben, dass sie durch ihre Arbeit Gewalt gegen Frauen als Kriegsstrategie öffentlich machte. Mit ihrer Hilfsaktion hat sie auf die besondere Grausamkeit der Diskriminierung von Frauen in Kriegen aufmerksam gemacht. Anlässlich der Preisverleihung berichtete sie auch über

die Zwangsprostitution von Minderjährigen, in die Mitglieder der KFOR-Truppen und auch Angehörige von in Mazedonien und im Kosovo arbeitenden Nichtregierungsorganisationen verwickelt sind. Solche Ausbeutung von minderjährigen Frauen darf nicht hingenommen werden. Die Arbeit an der Überwindung von Gewalt gegen Frauen muss auf der Tagesordnung bleiben.

Der Peter-Beier-Preis wurde im vergangenen Jahr außerdem an die französische Pastorin **Martine Millet** verliehen für ihren Beitrag zum Zusammenwachsen der Kirchen in Europa und nicht zuletzt wegen ihres Engagements für die Dekade „Kirche in Solidarität mit den Frauen“. (Wir freuen uns, dass sie unter uns ist und uns morgen die Andacht halten wird.)

4.3 25 Jahre „Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche“

Schon vor vielen Jahren sind die Kirchen in Deutschland im Blick auf die Situation von Ausländern, Asylbewerbern und Flüchtlingen initiativ geworden. Getragen von der Griechisch-Orthodoxen Metropolie, der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der EKD entwickelte sich aus dem ‚Tag des Ausländers‘ die heute in ganz Deutschland etablierte „Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche“. In weit über 100 Gemeinden, Städten und Landkreisen finden alljährlich Veranstaltungen statt, die von Hunderttausenden gestaltet und besucht werden.

Damit nehmen unsere Kirchengemeinden ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahr und tragen so dazu bei, das Zusammenleben von Fremden und Einheimischen zu verbessern.

Die fachliche Kompetenz und die Beharrlichkeit, mit der für Menschen eingetreten wird, die bei uns Zuflucht suchen, zeigen Wirkung. Der Bundesminister des Innern hat eine Zuwanderungskommission berufen, die den Auftrag hat, eine geregelte Zuwanderung nach Deutschland zu ermöglichen –

und damit endlich anerkennt, dass Deutschland faktisch Einwanderungsland ist. Auch die Härte- und Altfallregelungen, mit denen Menschen einen Aufenthaltsstatus erhalten, der ihnen nach langem Aufenthalt in Deutschland eine gesicherte Lebensperspektive eröffnet, ist der kontinuierlichen Arbeit in Gemeinden und Gruppen zu verdanken.

In den vielen kleinen Arbeitsgruppen und Initiativen haben Menschen ihre Zeit, Phantasie und Kraft dafür eingesetzt, dass Fremde nicht nur Zuflucht finden, sondern sich aufgehoben wissen in der Freundlichkeit und Liebe von Menschen.

Wir alle wissen: Ein Tag bzw. eine Woche der ausländischen Mitbürger oder - wie sie heute vor allem in vielen Städten genannt wird - eine „Interkulturelle Woche“ genügen nicht mehr, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Einhalt zu gebieten.

Die Schändung jüdischer Friedhöfe, Angriffe auf Ausländer, die Verfolgung von Menschen mit Behinderung gehören zur Wirklichkeit in unserem Land.

In nahezu allen Bundesländern sind Bündnisse für Toleranz und gegen fremdenfeindliche Gewalt geschlossen und entsprechende Aufrufe von den gesellschaftlichen Gruppen verfasst worden. Aber große demonstrative Akte und Erklärungen brauchen ihre Konkretion in unseren Gemeinden und Einrichtungen. Vor allem muss das Gespräch mit Vertretern rechtsradikaler Positionen geführt werden. Ich bitte die Gemeinden und Kirchenkreise, uns über ihre Planungen in Kenntnis zu setzen.

Bis heute trägt der Gedanke der Abwehr noch immer die Ausländerpolitik unseres Landes – und das ist unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen.

Zur Zeit wird unterschieden zwischen Ausländern, die uns **nutzen**, und Asylsuchenden, die uns angeblich nur **ausnutzen**. Wo die Würde des einzelnen Menschen aus dem Blick gerät und generalisierend mit dem Stigma des

Missbrauchs versehen wird, wo populistisch von der überschrittenen Belastungsgrenze durch Einwanderung geredet wird, findet der Fremdenhass seine Fürsprecher und Unterstützer. Bei der anstehenden Regelung der Einwanderung dürfen Flüchtlinge nicht gegen Zuwanderer ausgespielt werden. Flüchtlinge haben ein Recht darauf, dass ihre Asylanträge in einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren überprüft werden. Die Verfahren können gewiss beschleunigt werden, aber sie dürfen nicht abgeschafft werden.

Darüber hinaus muss die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer so gestaltet werden, dass die Not in den armen Ländern gelindert und Armutsemigration vermieden wird.

Rechtsradikales Gedankengut geht sehr oft einher mit fehlendem Selbstbewusstsein, bisweilen mit fehlender beruflicher Perspektive, immer mit fehlender sozialer Verantwortung. Wir wollen in Form eines Modellprojekts ein Fortbildungsseminar zur „Integration und Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen“ für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kirche und Diakonie anbieten. Wir müssen zu einer „neuen Kultur der Anerkennung“ (Professor Heitmeyer) kommen!

4.4 Gewalt im Gewand religiöser Konflikte

Am Heiligen Abend, vor zwei Wochen, wurden in verschiedenen Teilen Indonesiens bei Sprengstoffattentaten auf christliche Kirchen 15 Kirchgänger getötet und 47 verletzt, einige schwer.

Damit hat die brutale Gewalt, die Indonesien seit längerem erschüttert, eine neue Stufe erreicht. Religion wird für politische Zwecke instrumentalisiert, es ist das alte Lied.

Der Islamrat in Deutschland hat in einem Schreiben an mich seinen Abscheu angesichts der Attentate ausgesprochen. Wir hören, dass zahlreiche Islamführer in Indonesien gemeinsam mit Vertretern der christlichen Kirchen den religiösen Frieden zu schützen versuchen.

Ich habe an den Nationalen Christenrat Indonesiens und an den Staatspräsidenten Wahid geschrieben und sie in ihren Versöhnungsbemühungen unterstützt und unsere Kirchengemeinden zur Fürbitte in den Neujahrsgottesdiensten aufgerufen.

Gebe Gott, dass unsere Gebete erhört und die politischen Bemühungen Erfolg haben.

Im Mai vergangenen Jahres wurden wir anlässlich eines Besuchs unserer Partnerkirchen auf Sumatra und der Kirchengemeinschaft Indonesiens in Jakarta vor Ort mit der angespannten Lage konfrontiert.

Seit der Wirtschaftskrise Asiens 1997 und dem Sturz des Soeharto-Regimes 1998 wird das Land von einer Welle von Gewalt heimgesucht. Die Hoffnung auf Demokratie, wirtschaftliche Erholung, sozialen Ausgleich und religiösen Frieden wurde durch die eigensüchtigen Interessen von Teilen des in alle Lebensbereiche hinein regierenden Militärs und des Soeharto-Clans systematisch unterminiert. Die traditionelle wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligung der rohstoffreichen Randregionen, die einen hohen christlichen Bevölkerungsanteil aufweisen, die Folgen der Umsiedlungspolitik Soehartos und der militärischen Auseinandersetzungen um Ost-Timor und die militärische Unterdrückung der jahrzehntelangen Unabhängigkeitsbestrebungen der Papua sowie der Bevölkerung von Aceh (Nord-Sumatra) sind eine böse Hypothek für die neue Regierung unter Abdurrahman Wahid.

Neben lokalen historischen und politischen Spannungsfaktoren ist vor allem der Machtkampf zwischen politischen Gruppen in Jakarta Ursache für die seit Anfang 1999 tobenden Kämpfe auf den Molukken, die bisher mehr als 4.000 Menschen, überwiegend Christinnen und Christen, das Leben kosteten. 500.000 Personen sind geflüchtet oder vertrieben worden.

Die Repräsentanten der protestantischen Kirchen der Krisenregionen haben uns in einem langen Gespräch in Jakarta mit bewegenden Worten vom Terror der islamistischen Jihad-Milizen berichtet, die mit modernen Waffen ausgerüstet und auf Java trainiert, unter den Augen der neuen Regierung Kir-

chen und Häuser der christlichen Bevölkerung zerstören, morden und sengen. Immer wieder reagierten dann auch christliche Milizen mit Gegengewalt. Anlaß zur Hoffnung aber ist die Versicherung der Betroffenen, dass die lokalen Führer der christlichen und muslimischen Gemeinschaften die religiöse Überhöhung der Kämpfe strikt ablehnen und immer wieder vertrauensbildende Maßnahmen versuchen. Es sind die in Jakarta inszenierten islamistischen Attacken, die die ethnischen und sozialen Spannungen zum "Religionskrieg" machten.

Im persönlichen Gespräch mit dem indonesischen Präsidenten und Regierungsvertretern, aber auch durch eine öffentliche Adresse an die indonesische Regierung nach meiner Rückkehr habe ich für internationale Hilfe zur Beilegung des Konflikts plädiert, leider ohne Erfolg.

Wegen gezielter Bombenanschläge auf christliche Gemeinden in Medan, der Provinzhauptstadt Nordsumatras, Ende Mai vergangenen Jahres und wegen der Unruhen im Vorfeld der Versammlung des indonesischen Volksrates im August musste die Tagung der Vollversammlung der VEM zum großem Bedauern unserer Partnerkirchen auf Nord-Sumatra nach Namibia verlegt werden.

Sie alle haben im Oktober einen Brief der Kirchenleitung erhalten, in dem Sie um Fürbitte für die von Gewalt betroffenen Menschen in Namibia, auf den Philippinen und in Indonesien gebeten wurden. Noch einmal ermutige ich Sie hier zur treuen Fürbitte wie auch zur treuen Pflege Ihrer Partnerschaften auf gemeindlicher und kreiskirchlicher Ebene, die in den letzten Jahren ja doch gute Früchte brachten, durch persönliche Ermutigung, finanzielle Hilfe und politische Anwaltschaft.

Auf landeskirchlicher Ebene sind wir mit dem Stab der VEM, mit dem West-Papua Netzwerk und auch mit der Erlassjahrkampagne eng verbunden im Bemühen um Förderung der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit.

Bei der Forschung nach den Gründen der Gewalt fällt immer wieder auf, dass wirtschaftliche Not und die zunehmende Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung entscheidende Bedeutung für Brutalisierung und Radikalisierung von Konflikten haben. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, nicht nachzulassen im Eintreten für faire Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, wo immer Sie dazu persönlich oder in gesellschaftlichen und kirchlichen Verbänden Gelegenheit haben.

4.5 Vollversammlung der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Windhoek/Namibia

"Wir müssen unsere Zusammenarbeit stärken, damit wir den negativen Aspekten der Globalisierung standhalten können und stattdessen eine Gemeinschaft aufbauen, die auf Frieden und Gerechtigkeit basiert.", heißt es in der Botschaft der Vollversammlung der VEM. Die endete am 15.10.2000 in Windhoek, der Hauptstadt Namibias, mit herzlichem Dank für die Diakoniarbeit des scheidenden Moderators Dr. Soritua Nababan und des ersten Rates der Missionsgemeinschaft VEM.

Der Tagungsort und die Wahl des namibischen Befreiungstheologen und Politikers Dr. Zephania Kameeta richteten das Augenmerk der Delegierten insbesondere auf das Schicksal Afrikas, den „Fußabdruck Gottes“. Die Bedrohung durch AIDS im südlichen Afrika, die Gewalt-Erfahrungen der Frauen, auch im kirchlichen Leben, ökologische und ökonomische Katastrophen des vom Norden "abgeschriebenen" Kontinents erschütterten die Delegierten.

Es ist gut, dass in den Beschlüssen zum Thema AIDS die Überwindung des Tabus, das diese grässliche Seuche umgibt, deutlich wird. Die schweigende Ausgrenzung der Erkrankten soll nach dem Willen der VEM-Mitgliedskirchen endlich ein Ende finden. Prävention und Seelsorge an Betroffenen wird begleitet von Verhandlungen mit den großen Pharma-Konzernen über eine preisgünstige Versorgung der überwiegend armen Bevölkerung Afrikas und Asiens mit Medikamenten.

Ich bin dankbar, dass sich die VEM in allen Arbeitsbereichen an der Dekade zur Überwindung von Gewalt beteiligen wird. Im Einzelnen werden Flüchtlingsdienst, Sorge für Opfer von Bürgerkriegen und für "Verschwundene", Kampagnen gegen Militarismus, Menschenrechtsarbeit für indigene Völker und Migrantinnen und Migranten sowie die Überwindung von Gewalt an Frauen und Kindern als besondere Handlungsschwerpunkte genannt.

Bemerkenswert unter den 149 Beschlüssen ist für mich, dass zum Themenkatalog "Neue Bereiche gemeinsamer Mission" auch "healing ministry", also der heilende Dienst in Gottesdienst und Seelsorge, hinzugefügt wurde. Wenn ich es richtig verstehe, wird hier ein eher dem pfingstkirchlichen Spektrum geläufiger Dienst bewusst mit der Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit, für wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich, für die Einhaltung von Menschenrechten verbunden, weil die Sehnsucht nach der heilenden Kraft Gottes in den sich verschärfenden Krisen der Gegenwart immer größer wird und die Hoffnung auf einen schnellen Erfolg kirchlichen Handelns im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung enttäuscht wurde.

Bemerkenswert ist auch das Interesse der Jugendlichen an der Mitarbeit in der VEM und das enorm positive Echo der Vollversammlung. Sie können das im Einzelnen in den Veröffentlichungen der VEM nachlesen. Ich danke dem Rat und dem Stab der VEM, dass sie in den letzten Jahren so großen Wert auf die Förderung des ökumenischen Nachwuchses gelegt haben. Dies ist auch für unsere Kirche sehr hilfreich. Deshalb stellen wir auch DM 100.000 für die Durchführung des "Global Village Projekts" zur Verfügung, in dem junge Erwachsene nach erlebnispädagogischen Prinzipien die Themen der Agenda 21 der Rio-Konferenz der UNO zu Umwelt und Entwicklung in 2001 und 2002 behandeln und in ökumenischer Gemeinschaft ihren missionarischen Auftrag in der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft profilieren können.

Hatten viele im Prozess der Umwandlung der VEM zur internationalen Missionsgemeinschaft insgeheim Angst, das Unternehmen könnte scheitern, so ist auf dieser Vollversammlung allen klar geworden, dass sich die Zusammenarbeit lohnt. Der neue Moderator fand bei der Abschlussfeier lebhaftes Echo, als er sagte: "Unser Gottesdienst ist keine Bestattungsveranstaltung. Es ist eine große Freude, im Dienst Gottes zu stehen."

4.6 Hoffnungszeichen „Reshan Mahala“

Zusammen mit unserem Diakonischen Werk, der JOHANNITER-UNFALL-HILFE und der CIMIC-Einheit (*CIMIC = Civil Military Cooperation*) des deutschen KFOR-Kontingents haben wir mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Mai bis September 2000 das zu 90 % zerstörte Bergdorf Reshan Mahala im Kosovo wieder aufgebaut. Die finanzielle Unterstützung aus mehr als vierzig Kirchenkreisen hat das möglich gemacht. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Heute haben alle Menschen in Reshan Mahala wieder ein Dach über dem Kopf, das Dorfgemeinschaftshaus mit Schule, Ambulanz und Kindertagesstätte ist zu einem Mittelpunkt für mehrere Dörfer geworden.

Mitte Oktober habe ich an der offiziellen Übergabe an die Dorfgemeinschaft teilgenommen und konnte spüren, was es bedeutet, wenn konkrete Maßnahmen der Versöhnung mithelfen, Menschen Hoffnung und Zuversicht zu geben.

Mit den wiederaufgebauten Häusern ist aber nur der erste Schritt getan. In Mazedonien (Shutka) betreiben wir mit der JOHANNITER-UNFALL-HILFE ein Selbsthilfeprojekt für Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo, die vorläufig nicht zurückkehren können. Im Kosovo ist der Austausch von Medizinerinnen und Pflegepersonal aus dem Regionalkrankenhaus Prizren und der Aufbau einer Schule in Vorbereitung.

Von größter Dringlichkeit bleibt die Versöhnung der unterschiedlichen Volksgruppen, die sich weiterhin feindlich gegenüberstehen. Hier bleibt eine besondere Aufgabe für Friedensfachkräfte, die an den zahlreichen Brennpunkten vermittelnd eingesetzt werden müssten, um Voraussetzungen für ein zukünftiges friedliches Miteinander zu erreichen. Wir werden deshalb im Rahmen der ‚Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt‘ Projekte in Angriff nehmen, damit vor allem die jungen Menschen Frieden lernen und nicht in nationalistischem und rassistischem Hass gefangen bleiben. Dies wird nicht nur im Kosovo notwendig sein.

4.7 Versöhnungsarbeit als Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – Entschädigungszahlung für ehemalige Zwangsarbeiter

Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland haben im Sommer verabredet, dass sich EKD und Diakonisches Werk an der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Zwangsarbeiterentschädigung beteiligen.

Dafür gab es folgende Gründe:

Die gesamte deutsche Gesellschaft hat während des Krieges von der Zwangsarbeit profitiert. Niemand kann sich der historischen Mitverantwortung entziehen, nicht der Staat, nicht die Wirtschaft und eben auch nicht die Kirche. Ich erneuere meine dringende Bitte an die Firmen, die bisher keinen Beitrag zugesagt haben, ihren Anteil endlich aufzubringen.

Inzwischen ist die Zustiftung der EKD in Höhe von DM 10 Millionen eingelöst. Daran hat sich die EKIR entsprechend dem EKD-Umlageschlüssel beteiligt, ebenso wie an der Erforschung der Beschäftigung von Zwangsarbeitern in evangelischen Kirchengemeinden und diversen Einrichtungen während des Nationalsozialismus.

Der Synode liegt in Drucksache 1 (S. 20 ff.) ein Zwischenbericht über den Sachstand in unserer Landeskirche vor. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Aus unserer Landeskirche heraus wurde die Initiative an das Landeskirchenamt herangetragen, einen weiteren Versuch zu unternehmen, Menschen ausfindig zu machen, die im haupt-, neben- oder ehrenamtlichen Dienst unserer Kirche gestanden und während der Nazizeit durch Tun oder Unterlassen Schaden durch die Vorgängerbehörde des Düsseldorfer Landeskirchenamtes zugefügt wurde. Die Kirchenleitung hat beschlossen, für hauptamtliche Recherchearbeit Geld zur Verfügung zu stellen und eine Steuerungsgruppe unter Leitung von Pfarrer i.R. Hans-Joachim Barkenings zu berufen. Es ist daran gedacht, dieser Menschen in besonderer Form zu gedenken.

4.8 Arbeit für Gerechtigkeit heute – „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ – vor vier Jahren veröffentlicht

Vier Jahre ist es nun her, dass sich die Kirchen mit dem Gemeinsamen Wort "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" in der Öffentlichkeit zu Wort gemeldet und dafür eingesetzt haben, in gemeinsamer Kraftanstrengung die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden.

Die negative Entwicklung der deutschen Arbeitsmarktdaten ist gestoppt und günstigere Tendenzen sind erkennbar. Freilich bleibt die Lage des Arbeitsmarktes im Gebiet unserer Landeskirche weiterhin kritisch. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind insbesondere Menschen mit geringer Qualifikation, in sozialen Schwierigkeiten sowie Ausländer und Ausländerinnen und ältere Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger, vor allem von Kindern und Jugendlichen ist erschreckend hoch. Darum können wir nicht nachlassen, zu sozialer Verantwortung zu rufen und unsere eigenen kirchlichen Hilfen beizubehalten.

Vor 25 Jahren hat die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland gegen Arbeitslosigkeit eine „Projektgruppe Jugendarbeitslosigkeit“ gebildet und damals Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt. 1984 folgte die Bildung eines für Jugendliche und Erwachsene vorgesehenen Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Inzwischen sind aus diesem Fonds 116,0 Mio. DM zur Unterstützung und Förderung von Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Beratungsprojekten sowie für zahlreiche Initiativen und Aktionen geflossen. Diese stattliche Summe hat dazu geführt, dass etwa die zwanzigfache Summe an öffentlichen Mitteln mobilisiert wurde. Aktuell werden z.Zt. mit den Mitteln des Fonds über 100 Projekte gefördert, in denen ca. 7.000 Menschen beschäftigt sind und qualifiziert werden. Darüber hinaus findet eine umfangreiche Anzahl von Beratungen statt. In der Mehrzahl der Kirchenkreise gibt es inzwischen solche Projekte.

An dieser Stelle danke ich den Gemeinden und der Synode, dass sie in diesen 25 Jahren sich eingesetzt haben für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen und diese hohe Summe bereitgestellt haben.

Exkurs 1: Noch einmal Garzweiler II

Mit Bezug auf den Beschluß der Kreissynode Gladbach vom 13.11.1999 ist es wichtig, noch einmal auf die Diskussion von Garzweiler II zurückzukommen. Die Liberalisierung des Strom-Marktes zwingt die Unternehmen in der Braunkohlenverstromung, die Kilowattstunde Strom unter vier Pfennigen zu produzieren. Dies stellt die Wirtschaftlichkeit des Anschlusstagebaus Garzweiler II erheblich in Frage, so dass schon ökonomische Gründe gegen einen Aufschluss sprechen könnten.

Das landeskirchliche Anliegen, im Blick auf zweifelhafte ökologische Verantwortbarkeit und mangelnde Sozialverträglichkeit für die Umsiedler ein "leises NEIN zu Garzweiler II" (Beschluss der Landessynode 1998) zu sprechen, hat damit unversehens Beistand durch die ökonomische Entwicklung bekommen.

Es ist aber gerade diese ökonomische Entwicklung, die uns weiterhin Anlass zur Sorge gibt und uns herausfordert, die Stimme für die Opfer der sogenannten "new-economy-Bewegung" zu erheben.

Die Firmen Rheinbraun und RWE haben über Jahrzehnte in der Region Grevenbroich erhebliche Gewinne erzielt. Ein abrupter Rückzug aus der Region hätte verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen!

Die Region hat über Jahrzehnte viele Opfer für die Tagebaue erbracht!

Die Menschen vor Ort haben ein Anrecht darauf, in Zeiten wirtschaftlicher Veränderung durch eine gute Förderung des notwendig gewordenen Strukturwandels angemessen unterstützt zu werden.

Darum bitte ich nachdrücklich diejenigen, die in der Politik und in den Unternehmen die Entscheidungen zu treffen haben, ihrer besonderen Verantwortung für die Region gerecht zu werden. In konzertierter Aktion muss ein Strukturwandel-Konzept entwickelt werden, das den Menschen der Region eine berufliche Zukunft eröffnet.

Exkurs 2: "Aktion 829"

Aus Sorge um unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne berufliche Ausbildung und ohne Beschäftigung hat die Landessynode 1999 im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema "Jugend - Kirche - Gesellschaft" den Anstoß zur "Aktion 829" gegeben "mit dem Ziel, dass sich jede der 829

Gemeinden der Landeskirche bemüht, in zwei Jahren mindestens einem bzw. einer Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln."

In einigen Gemeinden und Kirchenkreisen wurde die Initiative Anfang 1999 sofort aufgegriffen. Andere haben die Bitte geäußert, sie mit einer Handreichung zu unterstützen. Im vergangenen Jahr habe ich allen Gemeinden eine Arbeitshilfe zur "Aktion 829" zugeschickt und zum Jahresende um Rückmeldung gebeten, wie die Aktion 829 aufgenommen worden ist.

Etliche Gemeinden und Kirchenkreise haben von beachtlichen Erfolgen berichtet. Das hat mich getröstet und gefreut. Beeindruckt hat mich, was mit Unterstützung des Diakonischen Werkes z. B. die Kirchenkreise Köln-Rechtsrheinisch, Moers, Koblenz und St. Wendel mit ihren Gemeinden zu Stande gebracht haben.

Ich verzichte hier darauf, Zahlen zu nennen, die im Bericht der Kirchenleitung nachzulesen sind. Allen, die sich im Zusammenhang der "Aktion 829" besonders eingesetzt haben, danke ich herzlich.

Diese Sache könnte freilich auch als Lehrstück betrachtet werden. Dann wäre daran zu lernen, wie schwer wir uns zuweilen mit der Umsetzung von Beschlüssen tun, die wir mit schwungvoller Einstimmigkeit gefasst haben.

4.9 50 Jahre Gemeinsame Sozialarbeit der Kirchen im Bergbau (GSA)

Im September 2000 fand anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Gemeinsamen Sozialarbeit der Kirchen im Bergbau bei der Ruhrkohle ein großer Festakt mit einer ökumenischen Andacht und anschließender Festversammlung statt.

Diese in Deutschland einzigartige, ökumenisch ausgerichtete Arbeit wurde 1950 auf dem Hintergrund des wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbaus von den katholischen Bistümern Essen, Münster und Paderborn sowie den beiden evangelischen Landeskirchen im Rheinland und von Westfalen begonnen mit dem Ziel, auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes die Zusammenarbeit der Menschen im Betrieb zu fördern. Unter dem bis heute gültigen Leitwort „Lasst sie Menschen

bleiben im Betrieb“ ist in diesen fünf Jahrzehnten eine umfassende Tagungsarbeit aufgebaut worden.

In ihr spiegeln sich die durch die strukturellen Entwicklungen im Revier aufgeworfenen Fragen und Probleme der Bergleute wider. Die Verbesserung der Zusammenarbeit, Fragen der Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung, der Arbeits- und Arbeitsplatzsicherheit, der Dialog zwischen den betrieblichen Ebenen, das Miteinander von deutschen und fremdsprachigen Bergleuten sind nur einige der Themen, die den Tagungsinhalt bestimmen. Zur Zeit sind es ganz aktuell die Anpassungsprobleme von Belegschaft und Kohleförderung.

Die Kirchen haben in diesen Jahrzehnten den gewaltigen Strukturwandel in den Industrievieren an Rhein und Ruhr begleitet und sind mit dafür eingetreten, dass dieser Anpassungsprozess sach- und menschengemäß erfolgt.

In der anlässlich des Jubiläums von den Beteiligten der Kirchen und des Bergbaus unterzeichneten „Essener Erklärung“ hat die Deutsche Steinkohle aufgrund der vertrauensvollen und solidarischen Partnerschaft die Absicht geäußert, diese Arbeit auch auf andere Bereiche des Konzerns auszudehnen und aktiv zu fördern. Darüber finden zur Zeit konkrete Gespräche statt.

Der Vollständigkeit halber will ich erwähnen, dass diese Gemeinsame Sozialarbeit der Kirchen seit inzwischen 27 Jahren auch für Mitarbeitende der Adam Opel AG in Bochum stattfindet. Von 1956 bis 1977 gab es für die Mitarbeitenden der Rheinischen Braunkohle ebenfalls eine solche Tagungsarbeit.

4.10 Schwangerschaftskonfliktberatung

Die Schwangerschaftskonfliktberatung hat durch die Diskussion in der katholischen Kirche für neuen Gesprächsstoff in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in unserem Land gesorgt. In enger Abstimmung mit den lokalen wie regionalen Trägern ist es gelungen, das evangelische Profil unserer Beratungsarbeit zu verdeutlichen und bei den staatlichen Partnern

Verständnis zu finden, dass es Frauen möglich bleiben muss, ein ortsnahe, konfessionell gebundenes Beratungsangebot im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu erhalten. Gerade bei den betroffenen Frauen genießen die evangelischen Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ein hohes Vertrauen, was sich in weiter steigender Beratungsnachfrage ausdrückt.

Der landeskirchliche Härtefonds stellt besonders für alleinerziehende Mütter, die sich zum Beispiel in Ausbildung befinden, Mittel in beträchtlicher Höhe zur Verfügung.

Gleichzeitig ist es vor allem in Nordrhein-Westfalen gelungen, für seit Jahren anerkannte Beratungsstellen die Aufnahme in die staatliche Förderung zu erreichen. Damit ist eine jahrelange Ungleichbehandlung evangelischer Beratungsstellen beendet worden.

Ich danke deshalb den Trägern und Beratungsstellen für ihre Bereitschaft, auch bei angespannten finanziellen Verhältnissen ein breit angelegtes Beratungsangebot vorzuhalten; ich danke den Beraterinnen und Beratern für ihr Engagement, mit dem sie Rat suchenden Frauen begegnen.

Kurz vor Jahresende sind wir in einen Konflikt geraten, den wir noch nicht ausgestanden haben. Der katholische Verein „Donum Vitae“ hat beim Diakonischen Werk um Aufnahme gebeten. Die Kirchenleitung wurde nach der Aufnahmeentscheidung konsultiert. Sie hat von einer Aufnahme abgeraten und das Diakonische Werk gebeten, die Entscheidung zu überdenken und rückgängig zu machen. Unsere eigenen evangelischen Beratungsstellen hatten vor einer Aufnahme gewarnt. Sie haben geltend gemacht, dass für die Arbeit vor Ort keine Vermischungen entstehen dürfen. Das Profil evangelischer Beratung sei so klar, dass es einer Ergänzung innerhalb des eige-

nen Bereiches nicht bedürfe. Eine Aufnahme von „Donum Vitae“ führe zu Missverständnissen. Die Kirchenleitung sieht sich in ihrer Entscheidung auch dadurch bestärkt, dass die Diakonischen Werke Westfalen und Lippe einer Aufnahme von „Donum Vitae“ nicht zugestimmt haben und die beiden Nachbarkirchenleitungen entsprechend votiert haben. Das Diakonische Werk im Rheinland hat zwar die gastweise Mitgliedschaft jetzt befristet, aber den Beschluss nicht aufgehoben.

Die Kirchenleitung wird nach der Synode das Gespräch mit dem Diakonischen Rat suchen, um die aufgetretene Spannung zwischen der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem Diakonischen Werk zu bearbeiten.

4.11 Dialog Kirche und Landwirtschaft

Kein Wirtschaftszweig hat in den letzten Jahrzehnten einen so dramatischen Strukturwandel erlebt wie die Landwirtschaft. Dieser Wandel hat auch die ländlichen Regionen ergriffen und das soziale Leben total verändert. In den letzten Wochen gab es durch die BSE-Krise eine zusätzliche katastrophale Belastung. Die Menschen in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten unserer Landeskirche brauchen die Begleitung der Kirche und Rückhalt in ihren Gemeinden dringender denn je.

Mit Unterstützung des Arbeitskreises für den kirchlichen Dienst auf dem Lande (ADL) haben wir in einer vierteiligen Gesprächsreihe die Probleme des Strukturwandels in der Landwirtschaft und in den Landgemeinden mit Politikern und mit Landwirten diskutiert. Wir haben eine Arbeitshilfe „Zum verantwortlichen Umgang mit unseren Nutztieren“ erarbeitet und herausgegeben. Der Schutz der Tiere gehört in unsere Verantwortung für die Schöpfung.

Mit den Tieren verantwortlich umzugehen und ihre Würde als Gottes Geschöpfe zu achten ist ein uns von Gott gegebener Auftrag. Diese Verpflichtung sehen wir gerade mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie, der Gentechnik und der Diskussion um die Erkrankung der Tiere an BSE.

Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft ist deswegen wichtig, weil sie die Lebensmittel = Grundversorgung unserer Gesellschaft sichert. Unsere Gespräche haben auch dadurch eine Resonanz, dass in der nächsten Woche bei der größten Verbrauchermesse Europas, der *Grünen Woche* in Berlin, einen Landkirchentag zum Gespräch über die hier angesprochenen Fragen vorgesehen haben.

Wir müssen die bäuerlichen Betriebe in ihrem Bemühen, eine verbraucher-nahe Vermarktung anzubieten, unterstützen und sie in die Lage versetzen, ihrem Auftrag, einer verantwortlichen Landschaftspflege und Nahrungssicherung gerecht werden zu können.

In der Ausbildung unserer Theologinnen und Theologen gibt es die landwirtschaftlichen Praktika, die wir in Verbindung mit unserer Landvolkshochschule in Altenkirchen anbieten. Darüber hinaus müssen wir das innerkirchliche Wissen um die Zusammenhänge erhalten und verbessern.

5. Gemeinsam arbeiten und leben aus den Schätzen der Weisheit und Erkenntnis

Viele unter uns sind zum ersten Mal auf der Synode, geben als Ehrenamtliche etwas ab von ihrer Zeit und ihrer Kraft für unsere Kirche. Ich danke Ihnen dafür – gleichsam exemplarisch für viele Tausende in unserer Kirche.

Wir stehen am Beginn eines Jahres, das in der Öffentlichkeit als "Internationales Jahr der Freiwilligen" Beachtung erfährt. Manche Bundesländer haben die Proklamation der Vereinten Nationen aufgegriffen und den "Tag des Ehrenamtes" im Dezember als Auftakt gewählt, um das bürgerschaftliche Engagement zu würdigen. "Wir tun was" – so heißt z.B. die groß angelegte Kampagne in Rheinland-Pfalz. Hunderte von Plakaten wandern in diesen Tagen in die Kommunen und auch in unsere Gemeinden.

Vor einem Jahr haben wir uns auf der Landessynode mit dem Thema "Ehrenamt" beschäftigt. Unsere Leitlinien für ehrenamtliche Mitarbeit sind veröffentlicht worden, der Ratgeber für Ehrenamtliche wurde den Gemeinden in hoher Auflage zur Verfügung gestellt. Das positive Echo und die nach wie vor eingehenden Nachbestellungen zeigen, wie groß hier der Bedarf nach Anregung und Information ist. Die Diskussion um Fragen ehrenamtlichen Engagements hat einen erfreulichen Aufschwung bekommen.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Unsere Kirche ist nicht zu denken ohne die über sechshunderttausend Menschen, die freiwillig und unentgeltlich Besuche machen, Gemeindebriefe erstellen und austragen, Bibliotheken betreiben, Kinder- und Jugendarbeit mitgestalten, sich um Kranke kümmern oder Flüchtlinge beraten, die in Leitungsgremien mitwirken oder auch einfach im Hintergrund für das Gelingen unserer Gemeindegarbeit sorgen. Und auch das sollte nicht übersehen werden: 70 % dieser Ehrenamtlichen sind Frauen!

Deshalb darf in diesem Bericht der Hinweis nicht fehlen, dass unsere Evangelische Frauenhilfe im Rheinland in diesem Jahr (genau gesagt: am 10. März) ihr 100-jähriges Bestehen feiert. 60.000 Mitglieder hat sie heute.

Sie sind es wert, dass wir als Landeskirche diesem größten Frauenverband gratulieren und danken für unzählige Stunden ehrenamtlichen „Dienstes“, wie viele immer noch ausdrücklich gerne sagen.

"Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Schüren der Flamme." In diesem Wort des Franzosen Jean Jaurès drückt sich die schöne Spannung zwischen Kontinuität und Erneuerung aus, von der die Frauenhilfe heute geprägt ist.

Die Presbyterien sollten sich in diesem Jahr einmal mit besonderer Sorgfalt einen Überblick darüber verschaffen, wer in den Gemeinden – vielleicht schon jahrelang unbeachtet – zuverlässig seinen oder ihren Dienst tut. Zur Anregung nenne ich den „Dankeschön-Tag“, der für einige Gemeinden, die ihn gefeiert haben, zu einem besonderen Fest geworden.

=====

„ In Christus sind verborgen alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis.“
Die Jahreslosung hilft uns zur Bescheidenheit angesichts unserer eigenen Vernunftsanstrengungen;
sie hilft uns zur Gelassenheit angesichts dessen, was unzulänglich scheint und unfertig.

Die Losung, die von den verborgenen Schätzen redet, weckt in uns die Neugier auf die Zukunft:

Das Weisheitswort hilft uns, auf Gottes gute Wegweisung zu vertrauen;
es hilft uns, nüchtern einzuschätzen, dass mit unserer Macht ja nichts getan ist;
es hilft uns, auf Überraschungen gefaßt zu sein.

Ermutigend wird uns Christus mit seinen Schätzen der Weisheit und der Erkenntnis.

Wir brauchen das, wie auch immer wir die Chancen des kommenden Jahres beurteilen,
eher grau und düster, wie die Realisten
oder klar und hell, wie die Optimisten.

Vor allem können wir selbstbewusst und voller Respekt das Gespräch über den Glauben und seine Folgen für das Leben führen

- mit den Geschwistern in unserer eigenen Kirche
- mit den Schwestern und Brüdern aus anderen Konfessionen
- mit den Menschen anderer Religionen und Kulturen.

Schätze der Weisheit und der Erkenntnis sind uns versprochen.

Anhang:

I.

Versöhnungsprozess in unserer Partnerkirche

Huria Kristen Batak Protestan (HKBP)

Wir haben auf der letzten Landessynodaltagung eine Erklärung zur Lage der Huria Kristen Batak Protestan in Indonesien verabschiedet, in der die feierliche Beilegung des inneren Zwistes der HKBP auf ihrer Synode im Dezember 1998 gewürdigt und durch die die offizielle Beziehung zur Partnerkirche wieder aufgenommen wurde. Um unsere Unterstützung des Versöhnungsprozesses zu dokumentieren, tragen wir zum Wiederaufbau des geplünderten Pensionsfonds, zur Finanzierung des Fortbildungsprogramms und zur Verstärkung des Haushalts der HKBP bei, in enger Absprache mit der Evangelischen Kirche von Westfalen und mit der Vereinten Evangelischen Mission. Die Erklärung unserer Synode und die finanzielle Hilfe sind vom Ephorus der HKBP, Dr. Hutaaruk, anlässlich des Besuchs im Mai letzten Jahres beim Empfang in Pearaja/Tarutung dankbar und eingehend hervorgehoben worden.

Wir konnten im Mai vergangenen Jahres beim Besuch des kirchlichen Krankenhauses in Balige und der pädagogischen und theologischen Hochschulen in Pematang Siantar erfahren, dass die Konfliktparteien ernsthaft bemüht sind, die getrennten Einrichtungen der Kirche wieder zusammenzuführen und die Gemeindeglieder vor Ort zu einem vertrauensvollen Miteinander zu bringen. Es ist verständlich, dass die Wunden der jahrelangen Spannungen und offenen Kämpfe nur langsam heilen. Nicht überall haben sich Gemeinden schon wieder auf einen gemeinsamen Pastor geeinigt. An manchen Orten wird der Gottesdienst noch getrennt in verschiedenen Kirchengebäuden gefeiert. Misstrauen und Vorbehalte sind noch spürbar. Es gehört offenbar zur Batak-Mentalität, über den vergangenen Konflikt nicht mehr zu reden, wenn man sich zur Versöhnung entschlossen hat. Man scheut sich, Vergangenes offen anzusprechen und aufzuarbeiten. Aber die beharrliche Arbeit der neuen Kirchenleitung und ihre Offenheit für partnerschaftliche Beiträge zur Versöhnung sind eine solide Grundlage für den weiteren Heilungsprozess. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind die wieder aufgenommenen Partnerschaftsbeziehungen auf kreiskirchlicher Ebene und die Beiträge der Professoren Dahm, Klappert und Schumann im theologischen Dialog. Die Leitung der HKBP möchte von der Barmer Theologischen Erklärung 1934 ausgehend und von den Erfahrungen der Bekennenden Kirche lernend neue Perspektiven für eine gesellschaftlich relevante und missionarisch überzeugende Kirche im gewaltigen Umbruch Indonesiens gewinnen.

II.

Beschlüsse der 5. Tagung der 9. Synode der EKD

5. - 10. November 2000, Braunschweig

1. Kundgebung zu Christen und Juden 50 Jahre Erklärung von Weißensee

Vor 50 Jahren erklärte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 2. Tagung in Berlin-Weißensee:

"Wir glauben an den Herrn und Heiland, der als Mensch aus dem Volk Israel stammt. Wir bekennen uns zur Kirche, die aus Judenchristen und Heidenchristen zu einem Leib zusammengefügt ist und deren Friede Jesus Christus ist. Wir glauben, dass Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist."

Erstmals hat damit eine evangelische Synode der auch in der evangelischen Kirche weit verbreiteten Auffassung, nach der das Volk Israel von Gott verworfen und durch die Kirche als das wahre Israel ersetzt sei, widersprochen und ihr die Überzeugung entgegengestellt, dass die Verheißung Gottes über dem erwählten Volk in Kraft geblieben sei.

Zugleich hat sie erklärt:

"Wir sprechen es aus, dass wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist."

Damit hat die Synode die Mitschuld der Kirche an der Verfolgung und Ermordung des europäischen Judentums bekannt. Zugleich hat sie die Warnung ausgesprochen,

"das, was über uns Deutsche als Gericht Gottes gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben".

Wir weisen alle Versuche zurück, einen Schlussstrich unter unsere deutsche Geschichte bis 1945 zu ziehen.

Wir führen – auf der Grundlage der Studien des Rates der EKD "Christen und Juden" I (1975), II (1991) und III (2000) sowie der Synodalerklärungen zahlreicher Gliedkirchen und gliedkirchlicher Verbände zur Neubestimmung ihres Verhältnisses zu Israel - die Erklärung von 1950 fort:

Nicht nur durch "Unterlassen und Schweigen" ist die Kirche schuldig geworden. Vielmehr ist sie durch die unheilvolle Tradition der Entfremdung und

Feindschaft gegenüber den Juden hineinverflochten in die systematische Vernichtung des europäischen Judentums. Diese theologische Tradition hat nach 1945 Versuche zu einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zum jüdischen Volk belastet und hinausgezögert.

Heute können wir aussprechen:

1. Wir glauben, dass Gott, der Schöpfer und Herr der Welt, in Jesus Christus "unser Vater", Israel als sein Volk erwählt hat. Er hat sich für immer an Israel gebunden und bleibt ihm in der Kontinuität von biblischem Israel und jüdischem Volk treu. Die Jüdinnen und Juden sind uns Zeugen der Treue Gottes.
2. Wir bekennen uns zur Heiligen Schrift Israels, der Bibel Jesu und der Urchristenheit, unserem Alten Testament. Das Christuszeugnis des Neuen Testaments ist Mitte und Quelle unseres christlichen Glaubens. Beide Testamente bilden eine sich wechselseitig auslegende Einheit. Sie sind Grundlage und Richtschnur für die Neubestimmung unseres Verhältnisses zum jüdischen Volk. Wir sind dankbar dafür, dass Jüdinnen und Juden uns durch ihre Auslegung zu einem vertieften Verständnis der Bibel helfen.
3. Wir glauben an Jesus Christus, Sohn Gottes und Glied seines Volkes. In ihm ist der Gott Israels Mensch geworden und hat die Welt mit sich selbst versöhnt.
4. Wir bezeugen unsere Teilhabe an der Geschichte Gottes mit seinem Volk. Unsere Erwählung in Christus ist Erwählung durch denselben Gott, der sein Volk Israel erwählt hat.
5. Das Neue Testament bezeugt die eine Kirche aus Judenchristen und Heidenchristen. Wir sehen in unseren christlichen Geschwistern jüdischer Herkunft Zeugen unserer unlösbaren Verbundenheit mit dem bleibend erwählten Gottesvolk Israel.
6. Wir erkennen - bei aller Unterschiedenheit - als Gemeinsamkeit:
 - den Glauben an den Einen Gott - für uns Christen in der Einheit von Vater, Sohn und Heiligem Geist,
 - das Hören und Tun der Gebote Gottes - für uns Christen in der Nachfolge Jesu,
 - die Erwartung des letzten Gerichts und die Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde - für uns Christen verbunden mit der Wiederkunft Jesu Christi.

7. Das Gespräch über den Glauben schließt die Achtung vor der Identität der anderen ein. Die Bemühungen um ein geschwisterliches Verhältnis von Christen und Juden sind eine für Kirche und Theologie zentrale Herausforderung und bleibende Aufgabe.

Braunschweig, den 9. November 2000

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland

=====

2. Beschluss zur vatikanischen Erklärung „Dominus Iesus“

Herr ist Jesus (1Kor 12,3; Röm 10,9). Durch sein Leben, Leiden und Sterben hat er uns mit Gott versöhnt und von den Mächten des Verderbens erlöst. Mit seiner Auferstehung von den Toten hat er bereits auch unser Leben zu erneuern begonnen. Er ist der eine und einzige Mittler zwischen Gott und den Menschen (1Tim 2,5). In Wort und Sakrament feiern wir das Geheimnis des Heils, das uns in seiner Person erschlossen ist. Dieser Herr hat uns in seinen Dienst gestellt, um "die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk" (Barmer Theologische Erklärung, These 6).

Herr ist Jesus - daran erinnert auch die Erklärung Dominus Iesus der Kongregation für die Glaubenslehre der römisch-katholischen Kirche. Sie bekräftigt eine allen Christen gemeinsame, in der Reformation neu zum Leuchten gebrachte Wahrheit. Darüber freuen wir uns.

Doch in die Freude über das Einverständnis im Blick auf fundamentale Einsichten unseres gemeinsamen Glaubens mischt sich Betrübnis über die in der Erklärung Dominus Iesus manifesten theologischen Irrtümer. Es betrübt uns,

- dass die römisch-katholische Kirche sich selbst als die einzige vollkommene Realisierung der Kirche Jesus Christi versteht und damit bestreitet, dass sich der Leib Christi in einer Vielzahl von Schwesterkirchen verwirklicht und dass sich die Treue Gottes auch darin bewährt.

- dass die römisch-katholische Kirche der Wahrheit des Evangeliums nicht die Kraft zutraut, die Identität und Kontinuität der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche in der Vielfalt unterschiedlicher Kirchen zu wahren. Mit dem Augsburgischen Bekenntnis erklären wir: "Zur wahren Einheit der christlichen Kirche ist es genug, dass das Evangelium einträchtig im reinen Verständnis gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden" (CA 7). Wer mehr will, will zuviel. Und wer zuviel will, beschädigt den ökumenischen Prozess, der in unseren Kirchen bereits vielfache Frucht bringt;
- dass man am Ende der Erklärung Dominus Iesus den Eindruck gewinnt, hier identifiziere die Römisch-katholische Kirche in falscher Weise die Autorität Jesu Christi mit ihrer eigenen Autorität. Wir bekräftigen den Glauben, dass der Sohn Gottes sich selber aus dem ganzen menschlichen Geschlecht eine auserwählte Gemeinde ... versammelt, schützt und erhält. (Heidelberger Katechismus Fr. 54).

Doch wir wissen, dass Trübsal Geduld bringt; Geduld aber bringt Bewährung; Bewährung aber bringt Hoffnung; Hoffnung aber lässt nicht zuschanden werden, denn die Liebe Gottes ist ausgegossen in unsere Herzen durch den Heiligen Geist (Röm 5,3-5). In solcher Liebe halten wir fest an der Gemeinschaft des einen Leibes Jesus Christi, der einen Kirche. Und freuen uns an der Wahrheit des Evangeliums, die wir in der ganzen Welt allen Menschen bezeugen wollen. Wir sind gewiss, dass die befreiende und erneuernde Wahrheit des Evangeliums auch die konfessionsunterschiedenen Kirchen immer wieder so erneuern und reformieren wird, dass in ihnen Jesus allein der Herr ist. Ihm befehlen wir alle Bemühungen um die sichtbare Einheit der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche an, die in allen ihren Gestalten evangelisch ist.

Braunschweig, den 9. November 2000

Der Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland